Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1264**
15. Wahlperiode 27. 06. 2003

Fragen

für die Fragestunde der 55. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 2. Juli 2003

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

1. Abgeordneter **Bernhard Schulte-Drüggelte** (CDU/CSU)

   Treffen Meldungen zu, dass zur Finanzierung der vom Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, verlangten Einsparung der Zuschuss zur Landwirtschaftlichen Krankenversicherung herangezogen werden soll (vgl. AGRA-EUROPE vom 10. Juni 2003)?

2. Abgeordneter **Bernhard Schulte-Drüggelte** (CDU/CSU)

   Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Auswirkungen eine mögliche Beitragserhöhung für die aktiven Landwirte als Pflichtversicherte der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung haben könnte, wenn der Bundeszuschuss zurückgefahren werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

   Was hat die Bundesregierung im Rahmen der Arbeiten des Europäischen Konvents konkret unternommen, um die „Sonderstellung des EURATOM-Vertrages (Europäische Atomgemeinschaft) im Rahmen der nächsten Reform des EU-Vertragswerkes“ zu beenden, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um das Thema EURATOM auf die Tagesordnung der nächsten Regierungskonferenz zu setzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

4. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

   Welche Vorstellungen zu Inhalten und Finanzierung der gerade ausgeschriebenen Zentren für Innovationskompetenz (ZIK) hat die Bundesregierung, und welche ZIK sollen gefördert werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den während der Zeit des Kalten Krieges in der Sowjetunion produzierten Biowaffen, und wie schätzt sie die Gefahr der in den Staaten der ehemaligen UdSSR immer noch gelagerten biologischen Waffen im Hinblick auf die Weiterleitung an terroristische Kreise ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Beschluss des Bundesgerichtshofes (BGH) XII ZB 2/03 vom 17. März 2003, in dem der BGH zur vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung von Betreuerentscheidungen im Zusammenhang mit lebensverlängernden Maßnahmen an einwilligungsunfähigen Patienten Stellung genommen hat, Anlass sein sollte, umgehend mehr Klarheit hinsichtlich der Rechtsverbindlichkeit von Patientenverfügungen zu schaffen und damit das Selbstbestimmungsrecht von nicht mehr einwilligungsfähigen Kranken zu stärken?

7. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)

Welche Gesetzesinitiativen plant die Bundesregierung, um Klarstellungen zur Rechtswirksamkeit von Patientenverfügungen vorzunehmen, und welcher Zeitplan ist hierfür vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

8. Abgeordneter
Helge Braun
(CDU/CSU)

Welche nationalen Programme zur Förderung von Verbundprojekten gibt es, bei denen marktnahe Innovationen durch das Zusammenwirken sowohl von Beteiligten aus der Wirtschaft miteinander als auch mit der Wissenschaft entwickelt werden, und werden in diesen Programmen Projekte mit europäischen Partnern genauso gefördert wie mit nationalen Verbänden?

9. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Trifft es zu, dass der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Ditmar Staffelt, am 20. Januar 2000, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, als Aufsichtsratsmitglied der Landesbank Berlin (LBB) einer Vorlage, in der die Übernahme von Bußgeldern in Höhe von 400 000 DM, die gegen Vorstandsmitglieder wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung verhängt wurden, durch die Bank empfohlen wurde, zugestimmt hat (Berliner Zeitung vom 20. Juni 2003), und wenn ja, ist die Bundesregierung der Meinung, dass ein Staatssekretär, der Bankvorstände, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet haben, mit Steuergeldern von Bußgeldern befreit, geeignet ist, den bundesdeutschen Steuerbürger zu mehr Steuerehrlichkeit zu bewegen?

10. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den aus den aktuellen Streiks der IG Metall resultierenden volkswirtschaftlichen Schaden sowie mögliche Auswirkungen auf die Konjunkturprognose der Bundesregierung für das laufende Jahr?

11. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung aufgrund der Erfahrungen in den Betrieben mit der praktischen Umsetzung von § 5 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, in dem geregelt ist, dass bei einer Angebotsabgabe für einen öffentlichen Bauauftrag ein Auszug aus dem Bundeszentral- bzw. Gewerberegister, der nicht älter als drei Monate sein darf, beigefügt werden muss, eine Initiative ergreifen, die den damit verbundenen bürokratischen Aufwand deutlich vermindert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

12. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Welche rechtliche und politische Grundlage gibt es für den Abzug der im Rahmen von ENDURING FREEDOM in Kuwait stationierten ABC-Kräfte der Bundeswehr?

13. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP)

Wann ist mit dem Entwicklungsabschluss der Drohne TAIFUN für die Bundeswehr zu rechnen, und wann ist mit deren Zulauf in die Truppe zu rechnen?

14. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

Wie plant die Bundesregierung, die durch die Verabschiedung des Kriegsdienstverweigerungs-Neuregelungsgesetzes mögliche Kosteneinsparung in Höhe von 2,4 Mio. Euro, bei sechsundsechzig nicht mehr benötigten Planstellen im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung, konkret herbeizuführen?*)

15. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass die Bundesrepublik Deutschland auch unter der gegenwärtigen Bundesregierung eine Ratifizierung der ILO/IAO-Konvention Nr. 169 von 1989 und damit den Beitritt Deutschlands zu diesem bisher einzigen internationalen Vertragswerk zum umfassenden Schutz der indigenen Völker nicht realisiert hat und damit einer wichtigen Verpflichtung der langfristigen Krisenprävention nicht nachkommt, und trifft es weiterhin zu, dass ein Beitritt unter Hinweis auf das im Rahmen der NATO mit Kanada bestehende Abkommen über Ausbildungsflüge bundesdeutscher Flugstaffeln über Kanada und die dadurch berührten Lebensräume von Menschen, die zu den betroffenen indigenen Völkern gehören, nach wie vor verhindert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

16. Abgeordnete
Maria Eichhorn
(CDU/CSU)

Wie hat sich in der Zeit von 1998 bis 2003 der Haushaltsansatz für seniorenpolitische Maßnahmen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) entwickelt, und welcher Anteil daran floss jeweils in den Bereich Alternsforschung bzw. in die Förderung von einschlägigen Alternsforschungsinstituten?

---

*) siehe hierzu auch Frage 18

17. Abgeordnete **Maria Eichhorn** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der demografischen Alterung der Rückzug des BMFSJ aus der finanziellen Förderung des Deutschen Zentrums für Alternsforschung?

18. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Warum kann nach Auffassung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, nicht sofort eine vollkommene Angleichung der Dauer von Zivil- und Wehrdienst vollzogen werden, sondern frühestens nach einer Entscheidung über die zukünftige Länge des Wehrdienstes (Interview in der Frankfurter Rundschau vom 21. Juni 2003)?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

19. Abgeordneter **Hartwig Fischer (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Faktoren haben nach Auffassung der Bundesregierung dazu geführt, dass z. B. die Bauberufsgenossenschaft die Hebesätze von 4,9 % im Jahr 1995 auf 7,77 % im Jahr 2002 angehoben hat?

20. Abgeordneter **Hartwig Fischer (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung bei den anderen Berufsgenossenschaften vor?

21. Abgeordneter **Helge Braun** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass nach der Approbationsordnung für Ärzte für jeden Studienabschnitt eine bestimmte Studiendauer vorgeschrieben wird, so dass auch bei vorzeitigem Erbringen aller Leistungsnachweise eine Verkürzung des Studiums durch früheres Ablegen des jeweiligen Staatsexamens nicht möglich ist, und wenn ja, hält die Bundesregierung diese Regelung für richtig?

---

*) siehe hierzu auch Frage 14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

22. Abgeordnete
Ursula Heinen
(CDU/CSU)

Welche finanzielle Unterstützung gibt die Bundesregierung den Austragungsorten der Fußballweltmeisterschaft 2006, insbesondere der Stadt Köln, zum Ausbau ihrer Infrastruktur, vor allem im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs?

23. Abgeordnete
Ursula Heinen
(CDU/CSU)

Gibt es Absprachen zwischen der Bundesregierung, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln zur Aufteilung der zusätzlich entstehenden finanziellen Lasten, bedingt durch den Ausbau der Infrastruktur?

24. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung für das zu gründende Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur eine zentrale Projektmittel-Verantwortlichkeit für die Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland, und wann gibt die entsprechende Expertenrunde, die bis Ende Juli 2003 berät, ihre Empfehlung für einen der vier Bewerber ab?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

25. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die andauernde Unterstützung von Rebellen in Ituri durch Ruanda und Uganda (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Juni 2003), und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die weitere Entwicklungszusammenarbeit mit beiden Ländern?

26. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)

Nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung über die Fortsetzung der bisherigen Form der Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda und Ruanda als Schwerpunktländer deutscher Entwicklungshilfe, und unter welchen Bedingungen würde sie eine Fortsetzung als nicht sinnvoll betrachten?

27. Abgeordneter **Dr. Guido Westerwelle** (FDP)

Welche Gründe gab es für die deutsche Bundesregierung, die auf dem EU-Gipfel in Porto Karras in Aussicht genommene feste Zusage von einer Mrd. Euro für den Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) nicht zu unterstützen (so gemeldet von AP am 20. Juni 2003 um 20.54 Uhr), und wie hoch wäre der deutsche finanzielle Beitrag an der beabsichtigten Zusage in absoluten Zahlen und prozentualen Anteilen gewesen?

28. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Trifft die Meldung vom 22. Juni 2003 in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, Seite 2 (Politik, Ausland), zu, dass die Bundesregierung auf dem EU-Gipfel keine Mittel zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose in den Entwicklungsländern bereitgestellt hat und dadurch ein ensprechender Beschluss verhindert wurde?

29. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung der USA, für die Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria den Entwicklungsländern einen Betrag von ca. 1 Mrd. Euro bereitzustellen?

30. Abgeordneter **Harald Leibrecht** (FDP)

Wann wird die Bundesregierung ihre für das Jahr 2003 im Haushalt geplante finanzielle Unterstützung von 32,5 Mio. Euro an den GFATM auszahlen?

31. Abgeordneter **Harald Leibrecht** (FDP)

Welchen Betrag wird die Bundesregierung dem GFATM auf der Geberkonferenz im Juli 2003 in Frankreich zur Verfügung stellen?

32. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (FDP)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung ihre Verweigerung, der Bitte des Präsidenten Jacques Chirac und des Premierministers Tony Blair in ihrem Brief vom 14. Juni 2003 um großzügigere Unterstützung der Aidsbekämpfung nachzukommen (vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 22. Juni 2003), und welche Auswirkungen wird diese Verweigerungshaltung haben?

33. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(FDP)

Welche Erklärung hat die Bundesregierung für ihre Weigerung, den GFATM stärker zu unterstützen, angesichts der Tatsache, dass täglich mehr als 6 000 Menschen in Afrika an den Folgen von HIV/Aids sterben und in Anbetracht der Schätzungen des Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS), dass in den nächsten zwei Jahrzehnten weltweit rund 70 Millionen Menschen an Aids sterben werden?

34. Abgeordnete
Sibylle Pfeiffer
(CDU/CSU)

Welche Haltung wird die Bundesregierung auf der UN-Konferenz in Paris zur weiteren Finanzierung des GFATM einnehmen?

35. Abgeordnete
Sibylle Pfeiffer
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung prinzipiell bereit, zusätzliche Mittel zu den bereits zugesagten 200 Mio. Euro innerhalb von fünf Jahren für den GFATM bereitzustellen?

36. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob die fehlende Zusage der EU, den GFATM mit einer Mrd. Euro zu unterstützen, Einfluss auf die Zahlungen der USA an den GFATM hat, die für die Auszahlung ihrer geplanten Gelder von einer Mrd. US-Dollar eine „Kofinanzierung“ anderer Staaten gefordert haben?

37. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)

Wird die Bundesregierung der Aufforderung der USA zu einer stärkeren Unterstützung des GFATM folgen, und wenn nein, warum nicht?

38. Abgeordnete
Conny Mayer (Baiersbronn)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung die europäische Zusage, den GFATM bis Ende 2004 mit einer Mrd. Euro zu unterstützen, hat scheitern lassen, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?

39. Abgeordnete
Conny Mayer (Baiersbronn)
(CDU/CSU)

Inwieweit stand die Bundesregierung seit der Gründung des GFATM hinter dessen Zielen, und ist die Bundesregierung entschlossen, an diesen Zielen in Zukunft festzuhalten?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

40. Abgeordneter **Dr. Günter Krings** (CDU/CSU)	Wie begreift die Bundesregierung ihre Auskunftspflicht gegenüber Journalisten, und kommt es in diesem Zusammenhang vor, dass die Bundesregierung bzw. deren Sprecher Journalisten gegenüber die Auskunft verweigert?
41. Abgeordneter **Dr. Günter Krings** (CDU/CSU)	Wenn ja, in welchen Fällen kommt dies vor, und gibt es bestimmte Journalisten, denen gegenüber die Auskunft grundsätzlich verweigert wird?
42. Abgeordneter **Andreas Schmidt (Mülheim)** (CDU/CSU)	Weshalb hat das Bundeskanzleramt in seiner Stellungnahme gegenüber der Staatsanwaltschaft Bonn die Formulierung gewählt, der Vorgang „Mitteldeutsche Kali“ sei „durch einen Zufall erhalten“ geblieben (vgl. DIE WELT vom 20. Juni 2003), und welcher Zufall ist gemeint?
43. Abgeordneter **Andreas Schmidt (Mülheim)** (CDU/CSU)	Hat der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier, die Formulierung in der Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gegenüber der Staatsanwaltschaft Bonn, der Vorgang „Mitteldeutsche Kali“ sei „durch einen Zufall erhalten“ geblieben (vgl. DIE WELT vom 20. Juni 2003), gebilligt, und hält er sie auch weiterhin für angemessen?
44. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)	Seit welchem Tag hat der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier, Kenntnis davon, dass der Vorgang „Mitteldeutsche Kali“ im Bundeskanzleramt im Original gefunden wurde (vgl. DIE WELT vom 20. Juni 2003), und was hat er veranlasst?
45. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)	Wann ist Bundeskanzler Gerhard Schröder darüber informiert worden, dass der Vorgang „Mitteldeutsche Kali“ im Bundeskanzleramt im Original gefunden wurde?

46. Abgeordneter **Dr. Christoph Bergner** (CDU/CSU)

Wer hat an welchem Tage im Bundeskanzleramt den Vorgang „Mitteldeutsche Kali“ im Original gefunden (vgl. DIE WELT vom 20. Juni 2003)?

47. Abgeordneter **Dr. Christoph Bergner** (CDU/CSU)

Wie viele Blätter enthält dieser Vorgang, und aus wie vielen Ordnern/Heftern besteht dieser Vorgang?

48. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Weshalb hat der Staatsminister beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, in seiner Antwort auf meine mündliche Frage 37 in der Fragestunde am 4. Juni 2003 erklärt, von den Akten „Mitteldeutsche Kali“ seien lediglich Kopien vorhanden (vgl. Plenarprotokoll 15/47, S. 3940 A), obwohl wenige Tage später das Bundeskanzleramt in seiner Stellungnahme gegenüber der Staatsanwaltschaft Bonn eingeräumt hat, die Akten seien im Bundeskanzleramt gefunden (DIE WELT vom 20. Juni 2003) und vorbildlich geführt worden?

49. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Staatsanwaltschaft Bonn darüber informiert, wann der Vorgang „Mitteldeutsche Kali“ im Bundeskanzleramt im Original gefunden wurde (DIE WELT vom 20. Juni 2003)?

50. Abgeordnete **Andrea Voßhoff** (CDU/CSU)

Ist die Antwort des Staatsministers beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, auf die mündliche Frage 24 des Abgeordneten Eckart von Klaeden in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 25. Juni 2003 zutreffend, dass die Staatsanwaltschaft Bonn das Angebot u. a. des Ermittlungsführers des Bundeskanzleramtes im disziplinaren Vorverfahren, Dr. Burkhard Hirsch, nicht wahrgenommen hat, jederzeit im Bundeskanzleramt Gespräche zu führen (Plenarprotokoll 15/52, Seite 4270 B)?

51. Abgeordnete **Andrea Voßhoff** (CDU/CSU)

Wie viele Besprechungen hat der Ermittlungsführer des Bundeskanzleramtes im disziplinaren Vorverfahren, Dr. Burkhard Hirsch, jeweils wann mit der Staatsanwaltschaft Bonn geführt (vgl. die Antwort des Staatsministers beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, auf die mündliche Frage 24 des Abge-

ordneten Eckart von Klaeden in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 25. Juni 2003, Plenarprotokoll 15/52, Seite 4270 A)?

52. Abgeordneter **Ingo Wellenreuther** (CDU/CSU)

Hat der Ermittlungsführer des Bundeskanzleramtes im disziplinaren Vorverfahren, Dr. Burkhard Hirsch, über seine Gespräche mit der Staatsanwaltschaft Bonn jeweils Vermerke erstellt (vgl. Antwort des Staatsministers beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, auf die mündliche Frage 24 des Abgeordneten Eckart von Klaeden in der Fragestunde am 25. Juni 2003, Plenarprotokoll 15/52, S. 4270 A), und wenn ja, wo (in welchen Akten) sind diese abgelegt?

53. Abgeordneter **Ingo Wellenreuther** (CDU/CSU)

Was versteht die Bundesregierung unter „minderwertigem Schriftgut“ (vgl. Antwort des Staatsministers beim Bundeskanzler, Rolf Schwanitz, auf die mündliche Frage 37 des Abgeordneten Eckart von Klaeden in der Fragestunde am 4. Juni 2003, Plenarprotokoll 15/47, S. 3939 A)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

54. Abgeordnete **Hannelore Roedel** (CDU/CSU)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als zuständige Bewilligungsbehörde für Maßnahmen und Projekte zur Integration von jugendlichen Spätaussiedlern und Ausländern derzeit weder einen Bewilligungsbescheid noch einen vorzeitigen Maßnahmebeginn für kurzfristig anstehende Projekte erteilt und damit den entsprechenden Jugendorganisationen die zeitliche und finanzielle Planung von Integrationsmaßnahmen unmöglich macht und somit die Nachhaltigkeit der Integrationsbemühungen gefährdet, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

55. Abgeordneter **Clemens Binninger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass das Bundeskriminalamt im Spätsommer 2002 eine Ermittlungsgruppe beauftragt hat, anhand der Rohfassung eines Manuskripts von Udo Ulfkotte („Tatort Deutschland – Terror im Namen Gottes?“) die Quellen des Autors ausfindig zu

machen (wie im Vorwort des Buches behauptet wird), und wenn ja, welche Ergebnisse hat diese Ermittlungsgruppe bislang erzielt?

56. Abgeordneter **Günter Baumann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass die „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“ derzeit keine Unterstützung bei wirtschaftlicher Notlage nach § 18 Häftlingshilfegesetz gewähren kann, weil die dafür zugewiesenen Haushaltsmittel für 2003 bereits seit März verbraucht sind?

57. Abgeordneter **Günter Baumann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Zahl der Antragsteller bekannt, die trotz erwiesener Anspruchsberechtigung derzeit aufgrund der Haushaltslage der Stiftung vergeblich auf die Unterstützung warten?

58. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (FDP)

Hält die Bundesregierung weiterhin fest an ihrer Ansicht, dass zur Einführung von Experimentier- und Öffnungsklauseln für die Schaffung von Innovationsregionen eine Änderung des Grundgesetzes nötig ist, und falls ja, für welche Rechtsbereiche soll dies erforderlich sein?

59. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass das Bundesministerium des Innern im Rahmenplan Luftsicherheit derzeit keine umfassenden Kontrollmaßnahmen der im Bereich von Flughäfen im Transitbereich angelieferten und verkauften Waren angeordnet hat, so dass derzeit nur Stichprobenkontrollen durchgeführt werden, und wen ja, warum?

60. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Vorbehalt gegen den Artikel 22 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zurückzunehmen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

61. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung mit der Forderung des Landes Berlin umzugehen, wegen der dort vorhandenen Haushaltsnotlage eine zusätzliche Zuweisung im Länderfinanzausgleich entsprechend den Ländern Saarland und Bremen einzuplanen (vgl. Meldung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 4. Juni 2003), und wie soll eine solche Maßnahme ggf. finanziert werden?

62. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung die Zusage einzulösen, die von Bundeskanzler Gerhard Schröder im so genannten Kanzlerbrief gegenüber der Freien Hansestadt Bremen abgegeben wurde, mit Haushaltszulagenzuweisungen dem Land die finanziellen Nachteile aus der Steuerreform auszugleichen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juni 2003; siehe auch „Wochenblick“ der Weserzeitung vom 19. Mai 2003), und trifft es zu, dass sich „Bremen und Berlin bereits weitgehend einig seien über die Instrumente der Zahlungen“ (vgl. die tageszeitung vom 22. Mai 2003)?

63. Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)

In welcher Höhe fließen dem Staat (Bund, Länder, Gemeinden) durch den Neubau bzw. die Sanierung eines mittleren Einfamilienhauses bzw. einer Eigentumswohnung Einnahmen (Grunderwerbssteuer, Umsatzsteuer, Ertragssteuern der Bauunternehmer, Gewerbesteuer, Sozialabgaben der Bauunternehmer sowie beschäftigten Arbeitnehmer) zu, bzw. werden Aufwendungen erspart (keine Zahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe der ansonsten arbeitslosen Arbeitnehmer)?

64. Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)

Übersteigen diese Einnahmen die durchschnittlichen Ausgaben pro Haus/Wohnung für die Eigenheimzulage?

65. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung konkret, um das EU-Beihilferecht zugunsten der Erweiterung regionaler Handlungsspielräume zu ändern, und welche Ergebnisse wurden bislang erreicht?

66. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU)

Inwiefern wurde die Rückverlagerung von EU-Kompetenzen zur nationalen Ebene nach Einschätzung der Bundesregierung erreicht, und inwiefern ist sie in dieser Sache noch aktiv?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333